

**Zeitschrift:** Freidenker [1956-2007]  
**Herausgeber:** Freidenker-Vereinigung der Schweiz  
**Band:** 70 (1987)  
**Heft:** 10

**Artikel:** Unsere Statuten - ein interessanter Lesestoff  
**Autor:** A.B.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-413435>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 02.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Unsere Statuten — ein interessanter Lesestoff

Manche Gesinnungsfreunde geben nicht viel auf Statuten, nicht wenige von ihnen geben ostentativ zu verstehen, dass sie Statuten als überflüssigen Papierkram betrachten; von dem man sie gefälligst verschonen solle. Eine derartige Einstellung von FVS-Mitgliedern ist bedauerlich und kann zuweilen unerfreuliche Folgen zeitigen.

Wenn es darum geht, an einer Vereins- oder Delegiertenversammlung die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit eines Antrages zu beurteilen und eine korrekte Entscheidung zu treffen, kommt es leicht zu einer peinlichen Verlegenheit und Unsicherheit, wenn den Versammlungsteilnehmern die Richtschnur unseres Tun und Lassens — eben die Statuten — nicht gegenwärtig sind. Es sollte selbstverständlich sein, dass die Mitglieder unserer Basisvereine vor wichtigen Entscheidungen einen Blick in die FVS-Statuten und — soweit vorhanden — auch in die Statuten ihrer Orts- bzw. Regionalgruppe werfen. Dies ist vor allem den Vereinsvorständen anzuraten; sonst kommt es leicht einmal zu Anträgen und Beschlüssen, die sich nach einem Blick in die Statuten als unkorrekt oder überflüssig erweisen.

Für Delegierte, die zu einer ordentlichen oder ausserordentlichen Delegiertenversammlung zusammentreten, sollte es selbstverständlich sein, vor der Tagung die FVS-Statuten zu studieren oder — noch besser — dieses vereinsinterne Gesetzbuch zur Delegiertenversammlung mitzubringen. Auf diese Weise kann verhindert werden, dass das lange und breite über Anträge diskutiert wird, die sich bei näherem Zusehen als statutenwidrig erweisen, und über die deshalb nicht abgestimmt werden darf. Mit «Geschäften» dieser Art ist kein Staat zu machen. Sie erzeugen höchstens Unmut und Unruhe sowohl bei den Vorständen unserer Basisvereine als auch bei ihren Mitgliedern.

Unsere Statuten sind — wie gesagt — unser vereins- bzw. verbandsinternes Gesetz, nach dem sich alle Mit-

glieder, alle Amtsträger und alle DV-Delegierten zu richten haben. Sie enthalten die «Verkehrsregeln» für ein geordnetes Zusammenleben innerhalb der Basisvereine und — nicht zuletzt — innerhalb des Zentralvorstandes. Nur so, unter strikter Beachtung der Statuten, ist eine gedeihliche, aufbauende Arbeit möglich.

Neu eintretenden Mitgliedern ist unaufgefordert ein Exemplar unserer Verbandsstatuten zu übergeben. Hat ein Zweigverein (wie zum Beispiel die Ortsgruppe Zürich oder die USF) eigene Statuten, so ist den Mitgliedern auch ein Exemplar dieser Statuten auszuhändigen. Vor allem in Zusammenhang mit der Änderung von Statutenartikeln ist der Besitz originaler Unterlagen (und deren Lektüre) vonnöten.

Orts- und Regionalgruppen, die noch keine eigenen Statuten besitzen, können vom Zentralsekretariat einen Text als Diskussionsgrundlage verlangen, sobald die pendente Revision der FVS-Statuten durchgeführt und abgeschlossen ist. Es versteht sich von selbst, dass die Satzungen von Orts- und Regionalgruppen den Bestimmungen der FVS-Statuten nicht zuwiderlaufen dürfen. Zu ihrer Gültigkeit bedürfen sie der Genehmigung durch den Zentralvorstand,

## Kurzgefasste Berichte

der Orts- und Regionalgruppen  
über ihre

## Veranstaltungen

nehmen wir gerne zum Abdruck  
im «Freidenker» entgegen.

Die Redaktion

wie dies Art. 10 Abs. 4 der FVS-Statuten ausdrücklich vorschreibt. Das gilt logischerweise auch für jede nachträgliche Statutenänderung. Das Vorhandensein eigener Statuten bietet den Orts- und Regionalgruppen verschiedene Vorteile. Sie konstituieren sich als *juristische Person*, und das bedeutet, dass sie nicht nur innerhalb der FVS, sondern *auch nach aussen hin* als rechts- und handlungsfähige Körperschaft dastehen. Bei Rechtsgeschäften mit Dritten (natürlich nicht bei Routineangelegenheiten) müssten sie sich sonst von der FVS vertreten lassen. Ausserdem können in den Statuten von Orts- oder Regionalgruppen die generellen Vorschriften der FVS-Statuten präzisiert und zum Teil besonderen Bedürfnissen angepasst werden. So mag sich schon mancher Gesinnungsfreund gefragt haben, was als Eintrittsdatum gilt: jenes der Beitritts-erklärung oder dasjenige der formellen Aufnahme durch die Vereinsversammlung. Nach Art. 65 Abs. 1 des Zivilgesetzbuchs gilt das letz-

## Redaktionswechsel

Frau **Christine Valentin** hat mit Wirkung ab 1. September ihre Tätigkeit als Redaktorin des «Freidenkers» aufgegeben. Dank ihrer Intelligenz und ihrem professionellen Können hat sie unserer Vereinigung wertvolle Dienste geleistet, für die wir ihr an dieser Stelle herzlich danken.

Bis zur Neubesetzung der Redaktion wird der «Freidenker» im Auftrag des Zentralvorstands von den Gesinnungsfreunden **Lukas T. Schmid** (Basel), **Peter Berger** (Winterthur) und **Adolf Bossart** (Rapperswil) redigiert werden. Sie werden sich bemühen, den Lesern eine gute, inhaltlich ausgewogene Gestaltung unseres Verbandsorgans zu bieten. Der Verkehr mit der Druckerei wird interimsmässig von Lukas T. Schmid besorgt, der aber wegen eines Spitalaufenthalts zurzeit unabkömmlich ist. Bis zu seiner Genesung gilt folgende

### Briefadresse der Redaktion:

Redaktion «Freidenker»

Postfach 1653

8640 Rapperswil

Tel. 055/27 41 19 (vorzugsweise abends anrufen).

tere; doch lässt sich das Aufnahme-  
datum und damit der Beginn der Bei-  
tragspflicht auf eine elegante Weise  
vorverlegen. Hier ein Beispiel:

#### Art. 4 der Statuten der Ortsgruppe Zürich von 1979

«Über die Aufnahme neuer Mit-  
glieder beschliesst der Vorstand,  
unter Vorbehalt der Genehmigung  
durch die Mitgliederversam-  
mlung. Die Änderungen im  
Mitgliederbestand sind der näch-  
sten Mitgliederversammlung be-  
kanntzugeben.»

Eine ähnliche Bestimmung findet sich  
in den Statuten der USF.

Nun könnte es allerdings vorkom-  
men, dass die vom Vorstand der  
Orts- oder Regionalgruppe be-  
schlossene Aufnahme eines neuen  
Mitglieds von der darauffolgenden  
Mitgliederversammlung aus wichti-  
gen Gründen verweigert würde. Das  
hätte dann zur Folge, dass ein allfälli-  
g bereits bezahlter Beitrag dem be-  
treffenden Anwärter rückerstattet  
werden müsste.

A. B.

#### Mutationen

Wir bitten unsere Mitglieder,  
Adressänderungen vor dem

##### 15. des jeweiligen Monats

der Geschäftsstelle zu melden.  
Der «Freidenker» wird sonst  
noch an die alte Adresse ge-  
sandt.

## Aufsichtsbeschwerde der Freidenker gegen den Zürcher Kirchenrat

Mitglieder der Freidenker-Verein-  
igungen Zürich und Winterthur haben  
beim Büro des Kantonsrats eine Auf-  
sichtsbeschwerde gegen den Kir-  
chenrat der Evangelisch-reformier-  
ten Landeskirche des Kantons Zürich  
eingereicht. Die Beschwerde betrifft  
die Weigerung des Kirchenrates, zu  
Verhandlungen über die Ablösung  
der umstrittenen sogenannten histo-  
rischen Rechtstitel Hand zu bieten,  
wie dies 1984 vom Kantonsrat im Sinn  
eines Postulats von Kantonsrat R. He-  
nauer verlangt worden war.

Die Beschwerdeführer bezeichnen  
das renitente Verhalten des Kirchen-  
rates als «eine unannehbare Brüs-  
kierung von Staat und Staatsvolk». Zwar sei es aus der Sicht des Kir-  
chenrates verständlich, dass er an  
der Lösung der seit mehr als 100 Jah-  
ren anstehenden Frage der angebli-  
chen (von der Kantonsregierung ver-  
neinten) Rechtstitel «kein Interesse»  
zeige, dienten sie doch der Kirche  
zur Legitimierung ihres Anspruchs  
auf den Millionensegen, der ihr all-  
jährlich aus allgemeinen Staatsmit-  
teln zufliesst. Die Evangelisch-refor-  
mierte Landeskirche halte sich zu-  
dem für berechtigt, «gestützt» auf  
ihre sogenannten historischen  
Rechte (aus längst erloschenen mit-  
telalterlichen Pfrundverhältnissen)  
dem Kanton Zürich eine Forderung  
vorzuhalten, die – auf Ende 1986

indexiert – schon mehr als 400 Mil-  
lionen Franken ausmache und die  
der Kanton im Falle einer schliesslich  
doch kommenden Trennung von  
Staat und Kirche diskussionslos zu  
begleichen hätte.

Die Beschwerdeführer rügen, dass  
sich die «Kirchenregierung» das  
Recht herausnehme, den ihr verfas-  
sungsrechtlich übergeordneten  
Staatsorganen die kalte Schulter zu  
zeigen. Dies sei ein neuer Beweis da-  
für, dass sich die Landeskirche im-  
mer mehr als Staat im Staate ge-  
bärde. Dieser schon recht weit fort-  
geschrittenen Tendenz müsse nach  
der Meinung der Beschwerdeführer  
«rasch und energisch entgegenge-  
wirkt werden».

Bedauerlicherweise sei die Zürcher  
Regierung – wie aus ihrem Bericht  
zum erwähnten Postulat zu ersehen  
sei – offenbar bereit, vor der Hart-  
näckigkeit und Renitenz der Kir-  
chenoberen zu kapitulieren. Die be-  
schwerdeführenden Bürger und  
Steuerzahler erwarten nun, dass der  
Kantonsrat ein Machtwort spricht  
und die Kirchenleitung an ihre Pflicht  
erinnert, wohlbegründeten Forde-  
rungen des Staates Nachachtung zu  
verschaffen, d.h. zu den vom  
Kantonsparlament verlangten Ver-  
handlungen Hand zu bieten.

Peter Berger

## Neues aus dem Zentralvorstand

Es ist längst kein Geheimnis mehr,  
dass der Zentralvorstand bezüglich  
der Auslegung von Vereinsrecht und  
Statuten geteilter Meinung ist. Die  
unterschiedlichen Auffassungen be-  
treffend die Bedeutung und die Ver-  
bindlichkeit von Gesetz und Ver-  
bandsstatuten haben im Schoss des  
Zentralvorstandes zu einem schwe-  
ren Zerwürfnis geführt, das – wie es  
scheint – mit Argumenten der Logik  
nicht mehr zu heilen ist. Die zum Teil  
mit ungewohnten Mitteln geführte  
Auseinandersetzung innerhalb der  
«Verbandsregierung» hat auch bei  
unseren Basisvereinen Bestürzung

und eine nicht geringe Verlegenheit  
und Unsicherheit hervorgerufen. Aus  
diesem Grund hat die kooperative  
Mehrheit des Zentralvorstands an-  
lässlich einer am 11. Juli 1987 in Lu-  
zern abgehaltenen Sitzung beschlos-  
sen, auf den Herbst dieses Jahres  
eine *ausserordentliche Delegierten-  
versammlung* einzuberufen, mit dem  
vorrangigen Ziel, für den konsensun-  
fähig gewordenen Zentralvorstand  
vorgezogene Wahlen durchzuführen.  
Inzwischen haben die Basisvereine  
*Basel USF, Bern, Luzern-Innerschweiz, Tessin, Waadt und Winterthur* ihrerseits eine ausserordentliche

Delegiertenversammlung verlangt,  
mit dem weiteren Begehren einer  
*Neuwahl der Redaktionskommission*. Nach Art. 22 der FVS-Statuten  
*muss* eine a.o. Delegiertenversamm-  
lung einberufen werden, wenn dies  
von *einem Drittel* der Orts- und Re-  
gionalgruppen verlangt wird.  
An seiner Sitzung vom 4. September  
in Bern hat der Zentralvorstand fest-  
gestellt,

- a) dass dieses Quorum *gegeben* ist,
- b) dass die verlangte Tagung *dring-  
lich* ist, da den Basisvereinen für  
die Einberufung ihrer sächbezüg-